

Beschlussempfehlung und Bericht des Auswärtigen Ausschusses (3. Ausschuss)

**zu dem Antrag der Abgeordneten Sevim Dağdelen, Alexander Ulrich, Jan van Aken, weiterer Abgeordneter und der Fraktion DIE LINKE.
– Drucksache 17/1101 –**

Für die Demokratisierung des Gewerkschaftsrechts in der Türkei

A. Problem

Nach Auffassung der Antrag stellenden Fraktion behindert die mangelnde Versammlungs- und Vereinigungsfreiheit der Gewerkschaften in der Türkei eine effiziente Vertretung von Arbeitnehmerinteressen. Unabhängige Gewerkschaften würden von der türkischen Regierung nicht als Elemente einer demokratischen Gesellschaft akzeptiert. Deshalb seien Gewerkschaften und streikende Arbeiter immer wieder staatlicher Willkür und Polizeigewalt ausgesetzt, wie zuletzt im Fall des ehemals staatlichen Tabakkonzerns TEKEL.

Die Bundesregierung wird aufgefordert, sich gegen die Kriminalisierung legitimer Arbeitnehmerproteste in der Türkei einzusetzen und die türkische Regierung zur Vorlage eines Beschäftigungsangebots an die TEKEL-Mitarbeiter in Übereinstimmung mit international anerkannten Arbeits- und Vereinigungsrechten zu drängen. Die Bundesregierung wird weiter aufgefordert, gegenüber der türkischen Regierung die Polizeigewalt gegen streikende Gewerkschaftsvertreter deutlich zu kritisieren, die Demokratisierung des türkischen Gewerkschaftsrechts nach den Konventionen der Internationalen Arbeitsorganisation als Voraussetzung für einen EU-Beitritt einzufordern sowie sich auf EU-Ebene für eine ausführliche Hervorhebung der Lage der türkischen Gewerkschaften in den Fortschrittsberichten der EU-Kommission einzusetzen.

B. Lösung

Ablehnung des Antrags mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und FDP gegen die Stimmen der Fraktion DIE LINKE. bei Stimmenthaltung der Fraktionen SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

C. Alternativen

Keine

D. Kosten

Keine

Beschlussempfehlung

Der Bundestag wolle beschließen,
den Antrag auf Drucksache 17/1101 abzulehnen.

Berlin, den 9. Juni 2010

Der Auswärtige Ausschuss

Ruprecht Polenz
Vorsitzender

Dr. Wolfgang Götzer
Berichterstatter

Dr. Rolf Mützenich
Berichterstatter

Marina Schuster
Berichterstatterin

Sevim Dağdelen
Berichterstatterin

Kerstin Müller (Köln)
Berichterstatterin

Bericht der Abgeordneten Dr. Wolfgang Götzer, Dr. Rolf Mützenich, Marina Schuster, Sevim Dağdelen und Kerstin Müller (Köln)

I. Überweisung

Der Deutsche Bundestag hat den Antrag auf **Drucksache 17/1101** in seiner 34. Sitzung am 25. März 2010 in erster Lesung beraten und zur federführenden Beratung dem Auswärtigen Ausschuss, zur Mitberatung dem Ausschuss für Arbeit und Soziales und dem Ausschuss für die Angelegenheiten der Europäischen Union überwiesen.

II. Stellungnahmen der mitberatenden Ausschüsse

Der **Ausschuss für Arbeit und Soziales** hat den Antrag in seiner 18. Sitzung am 19. Mai 2010 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und FDP gegen die Stimmen der Fraktion DIE LINKE. bei Stimmenthaltung der Fraktionen SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN die Ablehnung.

Der **Ausschuss für die Angelegenheiten der Europäischen Union** hat den Antrag in seiner 15. Sitzung am 9. Juni 2010 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und FDP gegen die Stimmen der Fraktion DIE LINKE. bei Stimmenthaltung der Fraktionen SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN die Ablehnung.

III. Beratungsverlauf und Beratungsergebnisse im federführenden Ausschuss

Der **Auswärtige Ausschuss** hat den Antrag in seiner 15. Sitzung am 9. Juni 2010 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und FDP gegen die Stimmen der Fraktion DIE LINKE. bei Stimmenthaltung der Fraktionen SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN die Ablehnung.

Berlin, den 9. Juni 2010

Dr. Wolfgang Götzer
Berichtersteller

Dr. Rolf Mützenich
Berichtersteller

Marina Schuster
Berichtersterlerin

Sevim Dağdelen
Berichtersterlerin

Kerstin Müller (Köln)
Berichtersterlerin

